

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelschhain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Erzpreis: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgepaarte Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Anzettel 40 Pfg. Reklameweile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Epidemik, Kavalperrung, Waldbrand, Vertheilung im Vertrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 19.

Mittwoch, den 12. Februar 1919.

30. Jahrgang.

Ämtliches.

Auf die Warenbezugskarten des Bezirksverbandes werden vom 13. bis 17. Februar verausgabt:
Auf die rote Karte Marke K Nr. 7
125 gr **Grünen** od. **Grüne** für 11 Pfg.

Auf die gelbe Karte Marke K Nr. 3
500 gr **Kindergerstemehl**
Auf die grüne Karte Marke K Nr. 3
750 gr **Kindergerstemehl**

(Der Preis ist den Paketen aufgedruckt).
Gleichzeitig kommen auf die Brolaufstrichbezugsmarke Nr. 1
250 gr **Zuckerwieg**, Pakeware für 40 Pfg. od. Ises für 39 Pfg. zur Ausgabe.
Außerdem werden gegen Durchkreuzen der Bezugsmarke A Nr. 8 für Kaffee-Erstmittel 250 gr abgegeben. Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.
Abgabe an Händler bei den Warenverteilungsstellen: 12. Februar
Grimma, 8. Februar 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
Warenverteilungsstelle: C. A. Koll.

Kartoffel-Vorratserhebung.

Das Landeslebensmittelamt hat für den 15. Februar 1919 eine Erhebung aller Vorräte an Kartoffeln im Freistaate Sachsen angeordnet. Zu deren Durchführung werden von den Gemeinden besondere Vordrucke

1. für Haushaltungen versorgungsberechtigter Personen, der Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelbauausfälle im Jahre 1918 größer als 200 qm war, verteilt werden, die genauestens nach dem Stande bei Beginn des 15. Februars auszufüllen, von den Haushaltungsvorständen zu unterschreiben und alsdann nach näherer Vorchrift der Gemeindebehörde dieser wieder einzureichen sind.

Die Richtigkeit der Angaben wird von den Gemeinden und dem Bezirksverband nachgeprüft werden.
Die Erhebung erstreckt sich auf sämtliche Vorräte an Kartoffeln, Vorräte im Gewahrsam von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Behörden und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.
Wer die ihm nach dieser Bekanntmachung obliegenden Angaben nicht in der gefälligen Frist erstattet oder unrichtige oder falsche Angaben macht, oder entgegen § 9 die Durchführung oder die Einhaltung der Geschäftspapiere und Bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1 500 Mk. bestraft. Neben der Strafe können Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Grimma, den 8. Februar 1919. K 117.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

V. v. Dr. v. Schwarz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Georg Schreiber.

Kartoffel-Vorratserhebung.

Das Landeslebensmittelamt hat für den 15. Februar 1919 eine Erhebung aller Vorräte an Kartoffeln im Freistaate Sachsen angeordnet. Zu deren Durchführung werden besondere Vordrucke

1. für Haushaltungen versorgungsberechtigter Personen, der Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelbauausfälle im Jahre 1918 größer als 200 qm war, verteilt werden, die genauestens nach dem Stande bei Beginn des 15. Februar auszufüllen und von den Haushaltungsvorständen zu unterschreiben sind.
Die Listen sind alsdann bis spätestens
den 18. Februar 1919
im **Wesleamtzimmer des Rathauses** hier einzureichen.
Die Richtigkeit der Angaben wird nachgeprüft werden.
Die Erhebung erstreckt sich auf sämtliche Vorräte an Kartoffeln.
Die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmten Vorräte sind nur dann anzugeben, wenn sie mehr als 20 Pfund betragen. Ist das nicht der Fall, so ist der **Vordruck gleichwohl hier einzureichen**; nur sind bei Zentner und Pfund Striche zu setzen.

Naunhof, am 11. Februar 1919.

Der Bürgermeister. **Der Arbeiterrat.**

Willner. Thiemann.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%
Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig
No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszeit 10—1 Uhr.

Von David bis Dietrich.

Der Anfang ist gut oder sagen wir lieber, da man in heute gar nicht vorsichtig genug sein kann: er ist nicht schlecht. Die Nationalversammlung hat sich ein Präsidium gegeben, das sich sehen lassen kann, das vor allen Dingen den Vorschlag hat, alle großen Parteien des Hauses zu umfassen. Damit hat sie eine Tat vollbracht, zu der der alte Reichstag nicht mehr fähig war. Die Mehrheitsparteien hatten dort die Leitung der Geschäfte ausschließlich unter sich verteilt, wie sie auch in den Regierungskabinetten, seitdem mit der Parlamentarisierung des Reiches begonnen worden war, nur Vertreter ihrer Gemeinschaft zuliessen. Das hatte ungemein zur Verschärfung der inneren Gegensätze beigetragen, wenn es auch unter den damaligen Verhältnissen wahrscheinlich schwer oder gar nicht zu vermeiden war. Das darin, jetzt, nach der Revolution vom 9. November, eine Änderung eintreten würde, hat wohl niemand erwartet. Nicht einmal andeutungsweise ist davon irgendwo die Rede gewesen — um so größer die Überraschung.

Die freudige Überraschung, darf man wohl sagen. Nicht als ob die sozialistische Linke der Nationalversammlung im Verein mit der bürgerlichen Demokratie nicht auch ohne Mitwirkung anderer Parteien imstande gewesen wäre, das Präsidium voll zu besetzen und sachgemäß zu führen. Dadurch hätten wir aber wiederum das Bild einer einseitigen Parteiherrschaft erhalten mit allen seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen, die wir ja in den letzten Jahren reichlich zu kosten bekommen haben. Wenn es nicht anders gegangen wäre, hätte der alte Zustand auch in Weimar ertragen werden müssen. Aber schließlich soll doch die Nationalversammlung eine höhere Vertretungsform des deutschen Volkes darstellen, als wir sie bisher gehabt haben, und sicherlich sind keine höheren Aufgaben denkbar, als sie ihr durch das Balkenungeheuer Schicksalsmächte gestellt worden sind. Um so dringender die Verantwortlichkeit, von der Mitarbeit, der verantwortlichen Mitarbeit an diesen Aufgaben keinen Volksteil auszuschließen, der dazu bereit ist. Dieser Gedanke hat von vornherein dazu geführt, neben der deutschen demokratischen Partei auch das Zentrum, die zweitgrößte Partei der Nationalversammlung zur Mehrheitsbildung mit heranzuziehen, obwohl es zahlenmäßig dazu nicht erforderlich war. Natürlich stellte es seine Bedingungen, über die man, soweit sie programmatischer Natur sind, wohl bald Näheres erfahren wird; aber da sie von der Linken angenommen worden sind, darf man vermuten, daß sie sich im wesentlichen darauf beschränken, festzustellen, an welche Fragen bis auf weiteres nicht gerührt werden soll. Daneben Bedingungen parlamentarischer Natur: einmal, daß schon der zweite Präsidientenplatz mit einem Zentrumspol besetzt werde, nicht erst der dritte, wie man zunächst angenommen hatte. Und dann, daß auch die Rechte an der Geschäftsleitung beteiligt werde. Daß diese Forderung wirklich erfüllt worden ist, gereicht allen Parteien, die dabei mitgewirkt haben, zur Ehre: dem Zentrum, das die Anregung gab, der Linken, die nach allem, was vorgefallen, bereit ist, mit einem Vertreter der deutsch-nationalen Volkspartei zusammenzuarbeiten, und dieser selbst, die damit ihre Aufgabe wahrgenommen hat, daß sie bereit sei, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Im ganzen ein Zeugnis der Reife für die Nationalversammlung, besonders wiederholend um deswillen, weil es am Anfang ihrer Geschichte steht. Es wird seinen ausgleichenden Einfluß auf die Parteigegegnisse nicht verfehlen.

Von David bis Dietrich — ausgeschlossen sind also eigentlich nur die Unabhängigen, die ja nicht mitmachen wollen, weder in der Regierung noch in der Nationalversammlung; die deutsche Volkspartei wird sich durch den konservativen Vizepräsidenten mitvertreten lassen. Drei Süddeutsche und ein Preusse. Neben dem ersten Präsidenten aus Oessen, Schriftsteller seines Reichens, ein Badenser, ein Württemberger und ein Württer, also drei Rechtsanwälte von Beruf. Offenlich gibt das einen guten Klang. Denn die Glockentöne, die von hier aus hinausgeschallen sollen über die Erde, sie sollen das Gewissen der Welt aufrütteln gegen die rohe Verwahrlosung, die gegen uns im Anmarsch ist. Wenn auch sie verloren, dann sind wir verloren, dann geht die junge Volksrepublik ebenso zugrunde, wie das alte Kaiserreich serkammert worden ist. Sollte das unseren Feinden wirklich gleichgültig sein?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Wie aus Weimar gemeldet wird, ist man bei den Besprechungen über den Geschäftsgang der Nationalversammlung zu der Überzeugung gelangt, daß es unmöglich sein werde, in der vorgesehenen Frist von zwei Monaten die Arbeiten zu erledigen. Die Parteien sind deshalb mit der Regierung in Verhandlungen eingetreten, und diese hat ihre Zustimmung dazu gegeben, nach den Osterferien, die am 11. April beginnen sollen, eine zweite Tagung einzuberufen, und zwar nach Berlin.

+ Zur Verlängerung des Waffenstillstandes wurde die Entente um Mitteilung ersucht, ob mit einer Verlängerung bis zum Vorfridensschluß gerechnet werden könne. Sollten die alliierten Regierungen hierzu nicht bereit sein, so werde gebeten, mit den neuen Verhandlungen nicht später als am 12. Februar zu beginnen. Es liege im beiderseitigen Interesse, daß für die notwendigen Besprechungen hinreichend Zeit zur Verfügung stehe. Außerdem werde infolge des Aufenthalts der deutschen Regierung in Weimar bei Rückfragen erhebliche längere Zeit notwendig sein, als bei den letzten Verhandlungen.

+ Ein 25-Milliardenkredit soll von der Nationalversammlung angefordert werden, um die Bedürfnisse des Reiches zu decken. Halbamtlich verlautet dazu, daß das Reich sich vorberhand mit der Ausgabe von Schatzanweisungen behelfen wird. Erst später, wenn die inner- und außenpolitischen Verhältnisse sich geklärt haben, wird man an die Umwandlung der Schatzanweisungen in die feste Form einer Anleihe denken können. Das Bestreben des Reichskanzlers geht zunächst dahin, eine wesentliche Entlastung der Reichsbank herbeizuführen.

+ Verabschiedung von Generalen. Der Chef des stellvertretenden Generalstabes der Armee, General der Infanterie Freiherr v. Freytag-Loringhoven ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt worden. Auch der frühere Präses der Artillerie-Prüfungs-Kommission, Generalleutnant Sieger und der ehemalige Direktor der Kriegsakademie General der Infanterie v. Steuben wurden zur Disposition gestellt.

+ Das 9. Armeekorps für die Regierung. Die ursprünglich von den Soldatenräten geplante Mobilmachung gegen die Regierung ist fallengelassen worden. Die Soldatenräte des 9. Armeekorps haben das Verbot ihres beabsichtigten Vorgehens eingesehen und an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklären, daß sie sich nunmehr hinter die Regierung stellen.

+ Geheime Abmachungen über das linke Rheinufer. Aus Paris verlautet, daß zwei wichtige Fragen der Konferenz, nämlich Italiens Anspruch und die Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer, jetzt schon geregelt sind, obwohl darüber in der Konferenz offiziell noch nicht gesprochen worden sei. Diese Regelung sei nach einem Privatgespräch zwischen Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Salandra zustande gekommen.

+ Deutsch-nationale Anträge zur Reichsverfassung. Die Deutsch-nationale Volkspartei bereitet Änderungsanträge zum Entwurf einer provisorischen Verfassung vor. Zweck der Anträge ist, im Interesse der grundsätzlich allgemein anerkannten uneingeschränkten Vollmachten der Nationalversammlung Bestimmungen aus dem Entwurf auszumerzen, durch die der künftigen endgültigen Verfassung vorgegriffen werden soll. Es handelt sich um die Bestimmung über das Staatsoberhaupt, den Gebrauch der Bezeichnung der deutschen Staaten als Freistaaten und dergleichen mehr.

+ Der Anschluß Deutsch-Osterreichs. Gute Verhandlungen nach wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen die Nationalversammlung in Weimar ersuchen, ihr die Ermächtigung zu geben, Verhandlungen mit Deutsch-Osterreich zu eröffnen. Der österreichische Vertreter in Weimar, Dr. Lubo Hartmann, ist nach Wien zurückgereist, um dort an den Vorbereitungen zur Nationalversammlung teilzunehmen. Am 19. und 20. Februar wird Hartmann wieder nach Weimar kommen.

+ Preussische Nationalversammlung. Wie in Berlin verlautet, beabsichtigt die preussische Regierung, die Nationalversammlung für Preußen Anfang März nach Berlin einzuberufen; man stimmt an, daß die deutsche Nationalversammlung bis dahin den Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt und den Entwurf über die künftige Reichsverfassung verabschiedet haben wird. — Auch die Nationalversammlungen der übrigen Bundesstaaten sollen im März zusammentreten.

+ Geimatschutz und polnische Geiseln. Unter dieser Spitzmarke schreibt der Vorwärts folgendes: „Der Erzbischof von Gnesen-Posen, Dr. Dalbor, hat eine Verurteilungserklärung an die Geistlichen seines Bezirkes erlassen, aus der hervorgeht, daß von Soldaten des Geimatschutzes ein polnischer Partisan erschossen und fünf Geiseln in die Gefangenschaft abgeführt worden seien. Dazu erfahren wir, daß der Partisan das unglückliche Opfer eines Kampfes geworden ist. Welche Gründe zu der Befreiung der Geiseln geführt haben, ist noch nicht festzustellen. Selber aber ist es eine Tatsache, daß vielfach polnische Geiseln sich nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat dem polnischen Vorgehen angeschlossen haben.“

+ Die Entente droht mit dem Einmarsch. Nach einer Meldung der Zürcher Presse gelangten in einer Konferenz